

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Preis: 20 Pf. Erhältlich jeden Donnerstag 20 Pf. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizehnpaltige Zeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Der Reichstaxi in den Genossenschaften.

Wenn ich jetzt schon als Referent zu diesem Tagesordnungspunkt unserer Generalversammlung an dieser Stelle das Wort ergreife, so geschieht es nicht deshalb, um auf offenem Markte unser Anliegen anzutragen, sondern den Mitgliedern in den Genossenschaftsbetrieben noch vor dem Verbandstage Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Nicht über das Vergangene soll beschlossen werden, vielmehr, was in der Zukunft geschehen soll.

Dazu liegen aus einigen Bahnhöfen Vorschläge zum Verbandstage vor, daß der Tarif in diesem Jahre gelindert werden soll. Andere wünschen wieder eine längere Vertragsdauer. Den letzten Wunsch wollen wir hier ausschalten, weil wir darüber allein nicht bestimmen können; auch die andere Seite muß dazu ihre Zustimmung geben. So viel aber unsere letzte Reichskonferenz und die 13. Generalversammlung in Frankfurt ergeben haben, bestand Übereinstimmung, daß der Vertragsinhalt für die Vertragsdauer bestimmend ist.

Für uns kommt heute lediglich die erste Frage in Betracht: ob wir den Reichstaxi zum 31. Juli kündigen wollen? Darüber können wir allein bestimmen und sind nicht von andern Faktoren abhängig.

Unsere Tarifverträge — mit wenigen Ausnahmen — sind auf der Grundlage aufgebaut, daß wir an einen bestimmten Ablauftermin nicht gebunden sind. Damit sichern wir uns die Möglichkeit, in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, die für Verbesserungen der tariflichen Bestimmungen für die Arbeiter nicht günstig sind, den Vertrag automatisch weiterbestehen zu lassen, bis die Konjunktur uns günstigere Aussichten auf Verbesserung der Vertragsbestimmungen eröffnete. Von diesem Recht haben unsere Mitglieder schon mehrmals Gebrauch gemacht, und sie sind dabei nicht schlecht gefahren. Für das Unternehmertum sind aber solche Zeiten außerordentlich günstig, um sich der „Fesseln“ zu entledigen, und wie wir während der Kriegszeit sehen konnten, haben auch einige dieser Organisationen dazu Gelegenheit genommen.

Bei unserm Reichstaxi ist es aber unsere Pflicht — weil ja eine viel größere Anzahl von Mitgliedern als in örtlichen Verträgen in Frage kommt — noch viel eingehender das Für und Wider zu prüfen.

Für die Vertragskündigung spricht zweifellos der Umstand, daß die Vertragsbestimmungen für die normalen Friedenszeiten festgelegt wurden. Bei den langwierigen Unterhandlungen konnte aber niemand voraussehen, daß mit der Inkraftsetzung des Reichstaxi die Kriegsurteile entfallen würde. Dadurch wurden auch recht viele unserer wichtigsten Bestimmungen glatt überkannt. Es sei nur erinnert an das Verbot der Nachtarbeit und Ausschaltung der kontinuierlichen Betriebe, dann an die unerhörte Steuererhöhung, bei der unmöglich mit den Tariflöhnen auszukommen ist, an die Bestimmungen der Arbeitsvermittlung, die infolge des ständigen Mangels an brauchbaren Arbeitskräften lahmgelegt wurden und demzufolge die Einführung der Frauenarbeit, die Beschäftigung von Leberlingen und Gefangenen mit sich brachte.

Daß sich unter solchen Umständen bei vielen unserer Kollegen die Ueberzeugung festsetzt: die Vertragsbestimmungen entsprechen den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr, ist zu verstehen und begreiflich. Wenn wir aber eine Änderung herbeiführen wollen, dann muß es uns auch möglich sein, an Stelle der bestehenden Bestimmungen bessere anzusetzen.

Hier gehen aber die Meinungen auseinander. Die gegenwärtige Zeit, wo wir nicht wissen, was sie morgen bringt, ist alles in grauer Zukunft liegt, ist wohl nicht die geeignetste zur grundlegenden Besserung des Reichstaxi.

Wie uns, so geht es auch dem Vertragskontrollen von den Genossenschaften, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Auch dort sieht man sich vor der dringenden Frage: Wie wird sich der Aufschwung des Wirtschaftslebens in der Zukunft vollziehen? Wir müssen doch der Wahrheit die Ehre geben und selbst zugeben, daß durch die Beschränkung des freien Ein- und Verkaufes auch den Genossenschaften die Hände gebunden sind. Nun werden mit die Kollegen erwidern: Das trifft aber auf die genossenschaftlichen Mädelbetriebe nicht zu. Wir Bäcker und Beschäftigten in den Mädelbetrieben sind diejenigen, die durch die Erzeugung des Mehrwertes oftmals die Genossenschaften über Wasser halten helfen, und darum haben wir in erster Linie ein Anrecht, daß die Vertragsbestimmungen den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Das trifft zu, aber nur für einen Teil der Genossenschaften.

Der Reichstaxi wird aber nicht bloß für einen Teil — der leistungsfähigsten Genossenschaften — abgeschlossen; er umfaßt alle Verbandsvereine mit Mädelbetrieben, also auch diejenigen, die durch den Krieg fast in Ruin verfallen gezogen wurden. Die Zeiten für die Vertragskündigung sind also nicht die günstigsten. Und warum sollen wir jetzt dann den Reichstaxi kündigen, wenn die Aussichten zu nennenswerten Verbesserungen auf lange Jahre hinaus trübe sind? Wenn uns von den Genossenschaften erklärt werden muß, wir können unmöglich euren Wünschen nachkommen, weil unsere Auftraggeber solche Abmachungen ablehnen, dann handeln wir doch im Interesse der hier in Frage kommenden Mitglieder Kluger, wenn wir von der Tarifkündigung Abstand nehmen.

Von den Genossenschaften wurde auch anerkannt, daß die bestehenden Tariflöhne mit der gegenwärtigen Steuererhöhung in Einklang gebracht werden können. Daher wurden auch Abmachungen getroffen, zu den Tariflöhnen Steuerzulagen zu gewähren. Ueber die Höhe bestehen Meinungsverschiedenheiten, doch ist das System ein Notbehelf zur Sicherung der Lebenshaltung. Hierüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, solange die Preise anziehen. Es wird voraussichtlich das bestehende System noch erweitert werden und dem Tarifamt auch in dieser Frage konkrete Richtlinien mit auf den Weg gegeben werden. Mit diesem Notbehelf werden wir über diese Zeit hinwegzukommen.

Alle andern Fragen des Vertrages drängen uns nicht zur Reform. Wie es mit dem gesetzlichen Nachbaderbot wird, darüber herrscht noch Dunkel. Sollen wir aber dann den bestehenden Vertrag kündigen und ein Recht schaffen, wo uns die Kriegswollen am Horizont keinen Anblick in die Zukunft ermöglichen? Wir würden uns dann auf Jahre mit einem Exzess binden, wobei den unsern Forderungen recht viel abgestrichen werden müßte und wo es uns mit geringer Mühe möglich gewesen wäre, nach einem oder zwei Jahren viel davon durchsetzen zu können. Die Organisation, die ihren Mitgliedern die Schattenseiten verheimlicht und der Stimmung aus den bestehenden Verhältnissen gegeben, freien Lauf läßt, würde sich selbst schwer schädigen. Damit soll nicht die Meinungsfreiheit unterbunden werden. Es ist zu wünschen, daß sie in der ausgiebigsten Weise erfolgt, hier wie in den Betriebsversammlungen, die zu dieser Frage Stellung nehmen werden. Was aber eines jeden Wunsch ist, das ist die Klärung; die kann aber nur erfolgen, wenn das Für und Wider erörtert wird.

Nicht deswegen raten wir von der Vertragskündigung ab, weil wir die uns entsetzenden Mühen und Arbeiten jähren oder weil wir unsere Mitglieder in der weiteren Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hindern wollen; diesen, den niedrigsten Instinkten entsprungenen Motiven stehen wir weit fern. Wir wollen daher die Tarifkündigung hinauschieben, weil die gegenwärtige und demnächst kommende Zeit die ungünstigste ist und die wenigsten Aussichten

auf nennenswerte Verbesserungen der Tarifbestimmungen bietet. Wir wollen aber mit den Kollegen für die Zukunft eine grundlegende Besserung der jetzigen Vertragsbestimmungen. Wir wollen, daß unter allen Umständen die Tariflöhne der jeweiligen Preisgestaltung für die Lebensmittel und Gebrauchsartikel angepaßt werden. Das können wir aber nur dann erreichen, wenn auch die Genossenschaften wieder klaren Blick in die Zukunft haben, wenn das Ungewisse den normalen Verhältnissen weicht und freie Disposition die bestehenden Einschränkungen ablösen wird. Dann sind wir auch in der Lage, die Interessen unserer Mitglieder wirksam vertreten zu können. Eine Vertragsverneuerung in solch ungünstigen Zeiten, wo manche unserer Forderungen nicht durchgeführt werden kann, würde sicher bei keinem die Zustimmung finden, aber ganz bestimmt viel Verzögerung und Enttäuschung anlösen. Das wollen wir aber verhindern im Interesse unserer Mitglieder und des Verbandes.

H. Dantes

Stimmen zum 14. ordentlichen Verbandstage.

Am 6. Mai dieses Jahres findet ja nun der fällige Verbandstag in Leipzig statt gegen eine immerhin beträchtliche Strömung der Mitglieder und des Ausschusses. Die Opposition ist zu verstehen, wenn wir die Finanzlage des Verbandes betrachten. Das Defizit, das am Jahresabschluss vorhanden war, kann nicht durch Ersparnisse getilgt werden; es müssen da schon Mehreinnahmen geschaffen werden, und diese sind nur durch erhöhte Beiträge zu erzielen. Es würde nun die Frage offenstehen, ob die Form die richtige ist, in welche der Vorstand die Erhöhung gekleidet hat. Meiner Auffassung nach geht die Erhöhung der Beiträge etwas über das hinaus, was die Mitglieder erwartet haben. Wenn Kollege Allmann in seiner Begründung andeutet, daß nach dem Kriege uns große Mittel zur Verfügung stehen müssen, um den Abschluß der Tarifbewegungen zu unsern Gunsten herbeiführen zu können, so wissen wir dies; wir glauben sogar, daß der neu abzuschließende oder verlängerte Reichstaxi mit den Konsumgenossenschaften auch nicht so glatt abgeschlossen wird; denn die Forderungen der Kollegen in den kleinen Mädelbetrieben oder den Orten, wo der Reichstaxi mit 25, 5 bis 15 v. H. Zuschlag ausgesetzt ist, werden nicht so einfach bemilligt werden. Die Steuerzulagen sind nach dem prozentualen Verfahren dort so gering, daß gegenüber der herrschenden Steuererhöhung bei den Privatbetrieben kein Ausgleich geschaffen wird. Aus diesen Gründen, die bei den Privatbetrieben auch zutreffen, würde wohl die Stellung gegen die Beitragserhöhung bei den Privatbetrieben nicht so leicht werden, wenn nicht gleichzeitig der Abbau der Krankenunterstützung damit Hand in Hand ginge.

Die Einsetzung des Ausschusses, daß der Verbandstag zu häufig einberufen wird, ist anzuerkennen. Die Frist ist zu kurz. Ich möchte deshalb vorschlagen, im § 51 statt 4 Wochen 8 Wochen zu setzen. Es bleibt dann mehr Zeit, die Anträge auch im Fachblatt besprechen zu können. Der § 51 ist überhaupt nicht glücklich gefaßt; wenn die Einladung des Verbandsvorstandes richtig ist, daß nur Einzelgänger und Mitgliedschaften Anträge stellen können, dann der Kollege Allmann uns verlassen will, so ist das ja bedauerlich, aber wir sollten doch niemand halten, wenn er sich verbessern kann. Er wird der Arbeiterbewegung ja auch in seinem neuen Wirkungskreise noch helfen können. Daß wir unsere Beamten besserstellen müssen, ersehen wir aus dem Weggange Allmanns sehr deutlich. Anschließend hieran möchte ich die Verlegung des Verbandsvorstandes nach Berlin befürworten. Durch die vielen Verordnungen des Bundesrates und Gründung der Rohstoff- und Einkaufsmonopole wäre es für den Vorstand doch von Vorteil, näher an die Regierung zu sein. Es würde viele Reisen ersparen, die bekanntlich auch Geld kosten. Auch für unsere Kollegen würde es besser sein, wenn der Vorstand versuchte, Einwirkung auf die Gründung der Monopole zu bekommen. Der Einfluß der G. E. G. oder die Anziehungskraft derselben, die sich ja verschiedentlich geltend macht, wird in Berlin nicht so groß sein als in Hamburg.

(Es wunderte mich, daß bisher noch keine Anträge von Bahnhöfen eingelaufen sind in der Zeitung veröffentlicht)

* Diese Einwendung war zurückgestellt. D. R.

worben sind, und daß noch keine Mitglieder in Eingekleideten ihren Gehalt erhöhen... Es hat den Anschein, als habe sich gegen die erhöhten Beiträge kein Widerstand... ja im Verbandsinteresse zu begründen wäre.

L. K. Kempf, Hannover.

Schneller als man dachte, hat uns der Hauptvorstand mit dem Ausarbeiten des Verbandstages übertrugen... der sehr einschneidende Wirkung für viele Kollegen bringen wird, falls er in dieser Form beschließen wird.

Die Krankenunterstützung wurde 1910 eingeführt, nur den Kollegen eine Erleichterung zu schaffen für die Zentral-Krankenkasse... die Krankenunterstützung wurde 1910 eingeführt, nur den Kollegen eine Erleichterung zu schaffen für die Zentral-Krankenkasse...

Hoffen wir, daß das Ratgeberwort bald Gesetz wird und dadurch auch der Gehaltsrückgang im Beruf ein besseres wird... auch der sonstige wichtige Gesundheitszustand...

Was würden unsere Angestellten sagen, die den Antrag herbeigeführt haben, wenn die Mitglieder sagen würden: Ihr habt durch den Heeresdienst an Eurer Gesundheit Schaden gelitten... Darum hand auf's Herz und das Gewissen geschärft. Nicht Abbau unserer Krankenunterstützung, sondern Ausbau soll unser Ziel sein.

A. W. Frankfurt a. M., zurzeit im Felde.

Zur Lehrlingsfrage.

Schon seit Jahren führt unser Verband einen Kampf gegen die ungeunden Zustände im Lehrlingswesen unseres Berufes. Wir sind davon überzeugt, daß hier eine gründliche Veränderung geschaffen werden muß. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben diese Frage geradezu brennend gestellt.

Über nicht nur Kollegeninteressen kommen in Betracht. Eine generelle Regelung dieser Angelegenheit wird auch dazu führen, dem Gewerbe selbst zu nützen. Belegt uns doch eine bekannte Tatsache, daß wir in all den Gebieten...

Es muß versucht werden, zu einer Verständigung zu kommen mit den Innungen; ist es durch örtliche Abkommen oder mit der Gesamtorganisation der Arbeitgeber...

Im Ignitionsbezirk Götting wurde anschließend an die Aktion 14 Innungen ein Schreiben zugestellt, auf die beigefügte Resolution verweisend, nach es wurde gebeten, sich in den Innungsversammlungen mit unsern Wünschen zu beschäftigen.

dem Krieg eine gesetzliche Regelung zu unternehmen. Der Obermeister der Bäckerei Innung, zugleich Vorsitzender des Zweigverbandes Leipzig, Herr Wilhelm Kubitz, antwortete ausführlich. Einmütig verweist er in seiner Antwort auf die tief einschneidende Betriebsausfallentlegung...

Sodann macht er ein interessantes Geständnis, nämlich, die jetzt beschäftigten Lehrlinge würden aber gebraucht, um den übrigen Bäckereien die Backwaren zuzustellen, wie das auch bei andern Handwerkern der Fall sei.

In einem Schlusssatz schreibt er dann wörtlich, nachdem er noch darauf verwies, man möchte dafür sorgen, daß in den Genossenschaften nicht so viel Frauen und Arbeiter die Geschäfte verdrängen.

Der Kubitz gibt also selbst zu, daß die Lehrlinge als Kaufmännische gebraucht werden. Sollen diese dann dem gesunden Nachwuchs für das Gewerbe geben? Wird man die Gesellen richtig entlohnen, werden diese auch solche Arbeiten mitberichten...

Betrachten wir die Antworten allgemein, so ist wohl an sich nicht viel damit anzufangen; Frauen kann man sich schließlich darüber, daß wir stark genug sind, eine Beiprägung durchzuführen und ein gewisses Interesse bei einzelnen leitenden Bäckermeistern vorzufinden.

Erlaubnis zu Vorarbeiten in der Pfalz.

Hinsichtlich der Arbeitszeit in den Bäckereien hat die pfälzische Kreisregierung folgendes bestimmt: 1. Alle Vorarbeiten, die zur Bereitung von Brot dienen, sind in Bäckereien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen...

Der bekannte Vorstoß des Kriegsernährungsamtes hat also leider auch bei der pfälzischen Kreisregierung Verständnis gefunden. Da aber das Kriegsernährungsamt seinerzeit darauf hinwies, daß nach § 9 der Verordnung über die Bereitung von Backwaren in der Pfalz...

Verbandsnachrichten.

Achtung, Verbandstag!

Alle Teilnehmer am Verbandstage sowie an der Reichskonferenz für Genossenschaftsbäcker wollen sich zwecks Besorgung von Logis rechtzeitig an den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Leipzig, Reiter Straße 32, Volkshaus, wenden.

Die Volkskommission.

Bekehrung des Verbandes

Quittung.

Vom 1. bis 13. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

- Für März: Domburg M. 208,91, Offen 315,15, Rieneburg 25,10, Bremen 330,77, Hof a. d. E. 11, Landsberg 184,11, Lübeck 157,45, Meierhof 18,50, Coburg 15,82, Vandsberg a. d. W. 3,90, Mühlhausen i. G. 2,35, Lüdenscheid 31,45, Bremerhaven 45,87, Wernburg 16,40, Stendal 10,80, Hirschberg 36,95, Düsseldorf 26,14, Reib 128,17, Bietzen 22,81, Götlich 62,29, Saarbrücken 113,40, Hannover 449,25, Weipzig 644,91, Gera 63,37, Magdeburg 540,40, Gotha 88,37, Limbach 38,97, Duisburg 44,20, Witzsburg 36,85, Berlin 212,12, Glinenau 42,50, Sagan-Sora 23,35, Spremberg 11,28, Mainz 40,71, Weichenfeld 23,85, Erfurt 60, Elberfeld 221,80, Gerfort 186,69, Plauen i. R. 44,90, Eissenach 18,52, Oldenburg 36,10, Altenburg 39,47, Suhl 39,40, Apolda 106,90, Hoford 54,84, Forst i. d. L. 10,52, Cassel 131,25, München 960,52, Nürnberg 645,32, Dresden 1660,03, Meisen 20,30, Moßheim 27,88, Remscheid 23,10, Wiesbaden 161,40, Viefels 245,04, Ludolfsbad 31,35, Osnaabrück 35,15, Hlenzburg 111,70, Regensburg 67,92, Maffingen 37,85.

Für Januar bis März: Domburg M. 80,70.
Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. M. (im Felde) M. 13, M. Wittstod 16, B. B. Schwerin 6,25, J. M. Schleg 1,35, R. Sch. Blomberg 3,60, E. St. Schwerin 1,20.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung“: Hirschberg M. 3.
An die Hauptkasse für Kriegsfondematen gesandt: G. M. (im Felde) M. 1, F. J. und Kollegen, Clappen-Magazin, 2, E. St. Schwerin 2.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszweck.

An die Zahlstelle Dresden: Von S. B., Gebäckerei-Kolonie 149, M. 10, R. W., Erzieh.-Inf.-Regiment 23, M. 5, N. N., Clappenbäckerei-Kolonie 14, M. 7. Früher quittiert M. 1650,25, heute quittiert M. 17, zusammen M. 1667,25.

Sterbetafel.

München. Lorenz Koch, 22 Jahre alt, am 9. April.
Wiesbaden. Konrad Dernberger, Bäcker.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Magdeburg meldet als gefallen:
Ernst Scheibe, Bäcker, 31 Jahre alt, am 23. März;
Franz Matthey, Bäcker, 22 Jahre alt, im März.

Bezirk München meldet als gefallen:
Kaspar Landsber, Bäcker, 40 Jahre alt;
Mich. Weichselgartner, Bäcker, 32 Jahre alt;
Josef Reisinger, Bäcker, 32 Jahre alt;
August Grabmeier, Bäcker, 22 Jahre alt.

Bezirk Regensburg. Ludwig Hilwimmer (Landsbut), Bäcker, 22 Jahre alt, gefallen.

Esro ihren Andenken!

Kohabewegungen und Streiks.

Bäcker.

Im Breslauer Konsumverein (Alter Verein) wurde durch Verhandlungen, die recht langwierig waren und vom Arbeiterausschuss und der Organisationsleitung geführt wurden, den Beschäftigten ab 1. April eine wöchentliche Kohnzulage von M. 2 gewährt. Eine weitere Zulage von M. 1 wird ab 1. Juli 1918 gezahlt werden!

In der Dampfbackerei Starck in Rosel bei Breslau wird den Beschäftigten ab 1. April eine weitere Zulage auf folgender Grundlage gewährt: Für Dienarbeiter per Woche M. 3, für Tafelarbeiter M. 1. Auch hier wurden die Verhandlungen von Bezirksleitern geführt.

Forderung von Feuerungsulagen für die Brotbäcker in Hannover. Am 7. April fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Versammlung der Zahlstelle Hannover statt, zu der ganz besonders alle in den Brotfabriken beschäftigten Bäcker eingeladen waren, um Stellung zu nehmen zu der an die Brotfabrikanten bereits gestellten Forderung um Erhöhung der Feuerungsulagen um M. 6 pro Woche. Kollege Heß gab einen eingehenden Bericht über den bisherigen Gang der Verhandlungen. Am 24. Februar beschloß eine Versammlung sämtlicher in den Brotfabriken beschäftigten Bäcker, den Unternehmern in Anbetracht der weiteren enormen Forderung um Erhöhung der Feuerungsulage um M. 6 pro Woche zu stellen. Da der größte Teil der Bäcker in den Brotfabriken gegenwärtig einen durchschnittlichen Lohn von nur M. 40 pro Woche bei wöchentlich 48 Arbeitsstunden hat, so kann man die Forderung wohl als bescheiden ansehen. Leider müssen wir die Tatsache verzeichnen, daß sic vor den Unternehmern der „Verzweiflung“ abgelehnt wurde. Es wurde allerdings zugegeben, daß unsere Forderung berechtigt sei, man unferm Wünsche aber nicht nachkommen könne, da der Verdienst bei der Brotfabrikation nicht ein derartiger ist, daß er eine Aufhebung der Löhne zuläßt. Begründet wurde es damit, daß einmal Hannover mit den Roggen- und Weizenmehlpreisen mit an erster Stelle steht, dann aber auch durch die Verteuerung der Kartoffelstarkrohprodukte. Nach diesem schmerzlichen Schreiben ist die Organisationsleitung sofort zum Vertreter der Brotfabrikantenorganisationen Herrn Buchter Abziele in Verhandlung getreten, um eine Verständigung zu erzielen. Es wurde auch ein Ausgleich gefunden, indem die Unternehmer an die Stadtverwaltungen in Hannover und Linden einen Antrag stellten um Reduzierung der Mehlpreise, die in anderen Städten ja auch sehr billiger sind. Sollte es zur Reduzierung der Mehlpreise kommen, was zu erwarten ist, so sollte unsere

Forderung gewährt werden. Unsere Forderung blieb also bestehen, an ihr wurde nichts geändert. Nur wünschten wir wenigstens eine Zahlung der Feuerungsulage vom 1. April an. Leider habe die Frage bis heute nicht ihren Abschluß gefunden und ist es deshalb notwendig, daß die Beschäftigten wiederum dazu Stellung nehmen. Die Organisationsleitung habe alles unternommen, was zur Verständigung diene, und wünsche auch, daß es zu einer Verständigung komme. Allerdings dürfte sich die Sache nicht mehr länger hinziehen. In der Aussprache wurde bedauert, daß die Angelegenheit noch immer nicht erledigt ist. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Unternehmer, wenn sie die schlechte Lage ihrer Arbeiter zugeben und anerkennen müssen, sic auch in der Lage sein müssen, die geforderte Zulage zu bewilligen. Es wurde auf andere Städte hingewiesen, wo die Löhne in unferm Berufe bedeutend besser sind. Andernfalls müsse man sich sonst Arbeit in der Kriegsindustrie suchen. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die Organisationsleitung auffordert, noch innerhalb einer Woche alles zu versuchen, die Angelegenheit zu regeln, sonst solle das Kriegsamt angerufen werden, um entscheidend eingzugreifen. Von der Organisationsleitung wurde zugesagt, alles zu versuchen, um eine Verständigung zu erzielen; die Versammelten wurden aufgefordert, so lange ihrer Arbeit in den Betrieben nachzugehen.

Konferenzberichten.

Stellungnahme zur 14. ordentlichen Generalversammlung.

Altenburg. In der am 3. April stattfindenden Versammlung berichtete Kollege Heil über die Bezirksleiterkonferenz. Auf der Einfahrt zur Konferenz sei er selbst der Ansicht gewesen, wir kämen dieses Jahr noch ohne Generalversammlung durch. Nachdem er aber die Gründe für die Abhaltung einer solchen gehört habe, mußte er seine Ansicht ändern. Heil ging dann auf die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der Generalversammlung ein. In der Aussprache kam allseitig zum Ausdruck, die Abhaltung des Verbandstages sei unbedingt zwingende Notwendigkeit. In der Frage der Beitragserhöhung stimmte die vast beschlossene Versammlung einmütig dem Vorstandsbericht zu. Schon 1917 hätten die Beiträge erhöht werden müssen, war die Ansicht aller Anwesenden. Beschlossen wurde weiter einstimmig: Jedes Mitglied der Zahlstelle Hebi monatlich eine freiwillige Beitragserhöhung zu M. 1. Dieser Beschluß hat Gültigkeit bis zur Einführung der erhöhten Wochenbeiträge. Von einer Kandidatenaufstellung zur Generalversammlung wurde Abstand genommen. Zwei Anträge wurden zum Beschluß erhoben. (Siehe unter „Anträge“ D. N.) Zum Ausdruck kam noch: die Lehrlingsfrage sollte mehr als bisher in Auge behalten werden. Diese Angelegenheit wurde bisher zu oberflächlich behandelt. Steht doch auf der Tagesordnung der Generalversammlung die Lehrlingsfrage im Bäckergewerbe wiederum als einer der letzten Punkte. Mindestens muß eine eingehende Behandlung dieses Tagesordnungspunktes stattfinden. Die Lehrlingsausbildung führt in unferm Beruf bei weiterer Fortdauer in jetziger Form und Zahl der gehaltenen Lehrlinge direkt zur Katastrophe. In Altenburg lernten Bäcker aus: 1915 12 Lehrlinge, 1919 24 Lehrlinge, 1920 33 Lehrlinge. Wohin soll das führen?

Brandenburg. Am 27. März fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Tagesordnung war: 1. Der 14. Verbandstag; 2. Anträge zu demselben; 3. Vorschlag eines Kandidaten zur Delegiertenwahl. Nachdem der Vorsitzende die Gründe für die Einberufung des Verbandstages bekanntgegeben hatte, entspann sich eine sehr rege Diskussion. Verschiedene Redner tadelten scharf das Verhalten des Hauptvorstandes den Mitgliedern gegenüber. In der Begründung sage er, daß am Jahresabschluss M. 51 681,48 Defizit gemacht seien. In der Begründung für die Auszahlung der Weihnachtunterstützung 1917 wurde aber geschrieben, daß der Verband, wenn auch wohl schwer, doch in der Lage sei, die Unterstützung von M. 8 an die Frauen auszugeben. Ein Redner sagte die Ausgabe sei erfolgt, um den Grund für die Beitragserhöhung zu vergrößern. Der Kollege unterzog die in Nummer 11 bekanntgegebenen Vorschläge einer scharfen Kritik. Besonders die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ganz besonders aber die Krankenunterstützung, die nur 75 vgl. der ersten beiden Gruppen beitragen soll, sei nicht verbessert, sondern verschlechtert. Sehr viel verächtelt sich die Klasse der M. 1-Beiträger; denn zum Beispiel erhält man nach fünfjähriger Mitgliedschaft jetzt bis 182 Tage pro Tag M. 2, nach dem neuen Vorschlag nur 60 Tage pro Tag M. 1,50. Wenn der Hauptvorstand das eine Verbesserung des Statuts nennt, so werden wohl die Mitglieder es anders bemerken. Ihm scheint es, als ob Hals über Kopf die Beitragserhöhungen durchgedrückt werden sollen, weil eben bei 38 Delegierten der Vorstand leichter die Sache durchsetzen könnte als bei 113 Delegierten. Nach eingehender Beratung wurde ein Antrag an den Verbandstag gestellt und angenommen, das jetzige Statut in Kraft zu lassen. Als Kandidat zur Delegiertenwahl wurde einstimmig der Kollege Richard Gehre aufgestellt.

Bezirk Chemnitz. Am 29. März fand eine stark besuchte Mitglieder-versammlung statt, in der man sich mit der 14. Generalversammlung des Verbandes beschäftigte. Kollege Weizner brachte die Eingänge zur Vertiefung; Heil berichtete über die Bezirksleiterkonferenz und besprach die Tagesordnung zur Generalversammlung. Die Aussprache war eine rege. Die Mitglieder fanden die Abhaltung der Generalversammlung und die Erhöhung der Beiträge, wie in der Vorlage vorgesehen, für gut. Ein Antrag auf Einführung einer noch höheren Beitragserhöhung wurde einstimmig angenommen. Kollege Weizner, Löhnitz, wurde als Kandidat zur Delegiertenwahl aufgestellt.

Chemnitz. Am 23. März hielten wir eine sehr gut besuchte Mitglieder-versammlung ab, die sich mit dem Verbandstag beschäftigte. Bezirksleiter Heil erläuterte die einzelnen Punkte der Tagesordnung, vor allem die Beitragserhöhung. Die Debatte war sehr lebhaft. Wenn man die Erhöhung der Beiträge auch nicht freudig begrüßte, so mußten die Kollegen die Notwendigkeit derselben doch an-

erkennen. Alle Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es die Verhältnisse erforderten, nun endlich einen Verbandstag stattfinden zu lassen. Ein Antrag fand einstimmige Annahme, und zwei Kollegen wurden als Delegierte bestimmt. Grimmitz, Meerranz und Schmölin.

In einer gut besuchten Mitglieder-versammlung in Bonitz, Neubauers Restaurant, die am 17. März stattfand, wurde Stellung genommen zu der 14. Generalversammlung. Ihre Abhaltung wurde gutgeheißen und die Erhöhung der Beiträge für unbedingt notwendig erklärt. Kollege Müller führte unter anderem aus: Unverständlich ist mir, daß ein Mitglied gegen Beitragserhöhung sein kann. Nur gut gestärkte Gewerkschaftsklassen tragen zur Verbesserung der Lebenshaltung für die Arbeiterklasse bei. Kollege Limbach bemängelte den Beschluß der Gewerkschaften: Uebertritte dieser Beschluß nicht, würden mehr Beiträge herbeikommen. Denn eine Anzahl Mitglieder aus anderen Verbänden arbeiten jetzt im Bäckerverufe, zahlen aber Beiträge an andere Gewerkschaften. Organisierte Bäcker seien aber in anderen Berufen nicht beschäftigt.

Limbach. In der Mitglieder-versammlung am 20. März erstattete Kollege Heil Bericht von der Bezirksleiterkonferenz und nahm Stellung zu der Tagesordnung der 14. Generalversammlung. In der eingehenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder mit der Abhaltung der Generalversammlung einverstanden sind, und auch die Neuregelung der Beitragserhöhung fand einstimmig Anklang. Diese Neuregelung mußte aller Voraussicht nach kommen. Schon 1917 sollte zu dieser Frage Stellung genommen worden sein, war die Ansicht der Versammlungsteilnehmer. Von einer Kandidatenaufstellung wurde Abstand genommen. Kollege Hobein berichtete über die Verhältnisse am Ort. Gesellen sind nicht mehr vorhanden, dafür desto mehr Lehrlinge: zwei, drei und noch mehr sind in den Bäckereien anzutreffen. Höher geht's nicht mehr! Die Bäckermeister haben in der Lehrlingsausbildung während des Krieges etwas Schlimmes geleistet!

Plauen i. R. Mitglieder-versammlung im Schiller-garten am 24. März. Kollege Heil berichtete von der Bezirksleiterkonferenz und erläuterte die Tagesordnung zum Verbandstag. Die in der Versammlung vollzählig anwesenden Mitglieder begrüßten die Abhaltung der Generalversammlung, fanden die Beitragserhöhung den Verhältnissen entsprechend und stimmten der Vorlage der Beitragserhöhung zu. Zum Ausdruck kam, daß schon 1917 eine Generalversammlung stattfinden und die jetzt vorgezeichnete Beitragserhöhung geschehen mußte. Einige Anträge wurden gestellt. Als Kandidat für die Delegiertenwahl wurde Kollege Häpfler gewählt, der als tüchtiger und erfolgreicher Mitarbeiter für die Gewerkschaft bekannt ist; half er doch die Mitgliederzahl auf die Höhe zu bringen. Häpfler berichtete dann über die Agitation am Orte; es wurden sämtliche Bäckereien durchgegangen, und jedes Mitglied half bei dieser Arbeit. In den meisten Bäckereien sind nur Lehrlinge beschäftigt. Nur noch 17 Gesellen sind in den Kleinbetrieben beschäftigt. Auch in der Gewinnung neuer Mitglieder sind Erfolge zu verzeichnen; in der Versammlung wurden ebenfalls zwei Kollegen gewonnen.

Hannover. Am 7. April fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitglieder-versammlung statt, die sehr gut besucht war. Außer mit dem Geschäfts- und Kassenbericht des letzten Quartals beschäftigte man sich eingehend mit dem Verbandstage. Zum Kassenbericht führte Kollege Heß aus, daß wir sagen können, im letzten Quartal seien unsere Kassenverhältnisse stabil geworden. Die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom letzten Quartal betrug M. 3211,97; demgegenüber steht eine Ausgabe von M. 1905,24, so daß ein Bestand von M. 1306,73 bleibt. Der Geschäftsbericht beweist, daß wir auch im letzten Quartal nicht müßig gewesen sind und unsere Agitation auch heute noch Erfolge bringt; das allein beweisen 105 Aufnahmen von weiblichen Mitgliedern. In Celle war es uns möglich, eine Erhöhung der Affordhöhe und eine weitere Feuerungsulage für die Arbeiterklasse der Firma Giers zu erreichen; hier haben unsere weiblichen Mitglieder tüchtig in der Organisation mitgearbeitet, und verdanken wir dieser Mitarbeit im letzten Quartal in Celle allein 40 Neuaufnahmen. Eingehend wurde dann die Lohnbewegung in den Brotfabriken geschilbert; die Angelegenheit selbst werden wir in nächster Zeit vollständig bringen. Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf die Agitation unter den Lehrlingen und auf die neuesten Ergebnisse und Veröffentlichungen, betreffend die Nacharbeit. Dann nahm man Stellung zum Verbandstag. Nach einer Wiedergabe der in unserer Zeitung veröffentlichten Tagesordnung und der Angefertigung der Beiträge und Unterstützungssätze trat man in die Diskussion ein, die eine sehr lebhaft war. In allgemeinen stimmte man der Abhaltung eines Verbandstages bei so wichtigen geplanten Umwälzungen innerhalb der Organisation zu. Verreiß der Beitragserhöhung und der Herabsetzung der Krankenunterstützung erhob sich aber scharfster Protest. Wohl habe man Verständnis für eine Beitragserhöhung, aber eine derartige geplante fünfzigprozentige Erhöhung erseheine doch zu hoch. Vor allen Dingen würde sic uns schädigen in der Agitation, ganz besonders in der Fabrikbranche, wo es uns doch wirklich nach dem Kriege not tut, vorwärts zu kommen. Da müssen wir uns schon etwas nach den Fabrik- und Metallarbeitern richten. Mit dem 40-s-Beitrag für die weiblichen Mitglieder sei man einverstanden. Es wurden dann in bezug auf die Beitragserhöhung Anträge an den Verbandstag gestellt. Die Wahl zum Verbandstag solle am 21. dieses Monats stattfinden. Als Delegierte wurden die Kollegen Appel, Weßmann und Heß vorgeschlagen.

Magdeburg. Am 6. April nahm die Zahlstelle in einer Mitglieder-versammlung, die leider nur schwach besucht war, Stellung zum Verbandstag. Kollege Rükte erläuterte die Tagesordnung und betonte die Notwendigkeit der Abhaltung des Verbandstages. Besonders wichtig sei die Regelung des Beitrags- und Unterstützungswezens. Die Mitglieder sollten bei Beurteilung und Stellungnahme zu der Umarmierung der Beiträge nicht von idealistischen lokalen Gesichtspunkten aus Gegner der Vorlage des Vorstandes sein, sondern im Interesse der Gesamtorganisation derselben zustimmen. Kollege Rükte befürwortete durch die

Erhöhung der Beiträge eines Austritt größerer Teile der... Die Delegation konnte eventuell beantragt werden, daß er...

Sanctioren. Am 21. März fand bei H. Kamp... Die Delegation konnte eventuell beantragt werden, daß er...

Ans Arbeiterkreise.

Großindustrie.

Der 61. Verbandstag Deutscher Schokoladenfabrikanten fand Anfang März in Berlin statt und beschäftigte sich in erster Linie mit Fragen der Übergangswirtschaft...

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeitsfrage nach dem Kriege... Die Delegation konnte eventuell beantragt werden, daß er...

In bezug auf die Zusammenlegung der Betriebe wurde bekanntgegeben, daß ein Vertreter des Reichswirtschaftsrates die Mitteilung gemacht habe, eine weitere Zusammenlegung der Schokolade- und Zuckerverarbeitungsindustrie...

Die Vereinigung Deutscher Zerkwaren- und Schokoladenfabrikanten (Eis Nürnberg) hielt kürzlich ihre 16. Generalversammlung in Leipzig ab, von den 400 Mitgliedsfirmen war die Hälfte vertreten. Der Vereinigung unternahm die Verwaltung der Zerkwarenindustrie...

Die Bäckermeister im Bezirk Chemnitz zur Lehrlingsfrage. Im Bezirk Chemnitz wurde am 3. März 1918 ein Bescheid erlassen...

Sitzung des Chemnitzer Bäckerinnungs-Vorstandes gehalten. Die Sitzung beschäftigte sich wieder mit der Lehrlingsfrage. Von Heil wurden die Gründe, die für eine Beschränkung in der Lehrlingshaltung maßgebend sind, vorgebracht...

Agencien und Buchen.

Wie die Lebensmittelpreise gestiegen werden. Ein Großfabrikant in Elberfeld hatte irgendwoher zwölf Doppelzentner bestes Weizenmehl zu M. 610 pro Doppelzentner bezogen...

Gesellschaftliches.

Den Genossenschaftsarbeitern haben anerkannt: Allgemeiner Konsumverein für Innsbruck und Umgebung, Konsumverein für Schopfloch und Umgebung...

Zur Regelung der Erneuerungszulagen in den Genossenschaften. Nachdem wir den Zahlstellen Mitteilung machten, daß bezüglich unseres Antrages auf Erhöhung der Erneuerungszulagen vor dem Tarifamt keine Einigung erfolgte...

Eingegangene Bücher und Schriften.

Zum 100. Geburtstag von Karl Marx. Am 5. Mai jährt sich der Geburtstag des genialen Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus zum hundertsten Male. Dieser Tag wird um so mehr Beachtung finden, als unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben durchstrahlt ist mit Lehren und Folgerungen, die Karl Marx vor einem Menschenalter niedergelegt hat...

das private Leben von Marx, seine Familie, Freunde und nähere Umgebung näher. Die Erläuterungen der Marx'schen Lehren werden besonders willkommen sein. Preis des Buches broschiert M. 4, gebunden M. 5.

Karl Marx und die Genossenschaftler heißt ein weiteres Buch, das der Zentral-Arbeiterzeitung Hermann Müller, der bekannte Verfasser der Geschichte der Sozialbewegung geschrieben hat. Müller gilt ebenfalls als ausgezeichnete Marx-Kenner. Seine Schrift ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da die Genossenschaften eine selbst von Marx nicht vorausgesehene Entwicklung genommen haben...

Zahlstellenleitungen, Achtung!

Die Nummer 18 des Verbandsorgans wird acht Seiten stark erscheinen und damit gleichzeitig die Nummer 19 ersetzen, also als 18/19 bezeichnet werden. In der Verbandstagswoche erscheint demnach keine Nummer. Durch diese Umstellung ist es möglich, wenigstens den hauptsächlichsten Teil der noch vorliegenden „Stimmen zum Verbandstage“ ohne zu starke Kürzungen den Delegierten zugänglich zu machen. Die kritischen Verbandsstellen des Fachblattes mögen sich also schon jetzt auf die Änderung vorbereiten! Die Redaktion.

Spätestens am 20. April ist der 17. Wochenbeitrag für 1918 (21. bis 27. April) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Samstag, 21. April: Halle a. S.: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Herz 42/44. Sonntag, 28. April: Jülicher: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Hiltringer: Wilhelmshaven: Bei Buddenberg, Hiltringer I, Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 5 Uhr, Bleichstr. 6.

Anzeigen.

[M. 50] Nachruf. Dem Weltkrieg zum Opfer fielen unsere treuen Mitglieder: Ernst Scheibe, Vater, 81 Jahre alt, Franz Matthey, Vater, 88 Jahre alt. Cher ihrem Andenken Zahlstelle Magdeburg.

[M. 800] Nachruf. Am 9. April starb unser Mitglied, der Bäcker Lorenz Koch im Alter von 89 Jahren. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle München.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schmollentstr., Heugasse 2, 1. Et.

„Ruchenrutsch“ beständiges Mittel zum Strecken der Bleche und Formen. Preis M. 7,50, von 5 kg an M. 7. Sehr zu empfehlen. Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig, N. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telephon 2290.

Kontrollkäse National mit und ohne Schmelzwerk zu kaufen gesucht. Nummer n. Preis mit J.N. 8906 an Exp. d. Bl. (M. 4)